11 % Teuerung und Übergewinne

Groß hat die Regierung die Besteuerung von Übergewinnen beworben. Doch was ist dran?

Die Bevölkerung wird mit Einmalzahlungen abgespeist, die bei weitem die gestiegenen Energie-, Mietpreise usw. und die Inflation nicht abdecken. Oft machen die Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs bis zu 20% und 40% gegenüber dem Vorjahr aus! Gleichzeitig werden Energiekonzerne, insbesondere Verbund, ebenso andere Strom- und Energielieferanten und ganz besonders die OMV geschont. Allein die OMV machte in den ersten drei Quartalen dieses Jahres doppelt so viel Gewinn wie im Vorjahr, nämlich 9 Mrd. Euro.

Nach der Vorstellung des Umfangs der „Übergewinn-Besteuerung“ durch die Regierung sind aber die Aktien z.B. des Verbundes gestiegen! Die Aktionäre sind zufrieden, weil die Besteuerung viel niedriger als befürchtet ausgefallen ist und sie am Ende viel mehr als in den vergangenen Jahren an Dividenden einstreifen. Das gilt im Strombereich nicht nur für den Verbund, sondern auch für alle anderen privaten Stromlieferanten von den Klein-kraftwerken bis zu den Solar- und Windenergielieferanten, deren Preise ja schon jetzt von der Bevölkerung über die Ökostromabgabe viele Jahre gestützt wurden. Und jetzt, wo die Strompreise explodieren, haben sie die von der Masse der arbeitenden Menschen durch die „Ökostromabgabe“ bezahlte, für sie bislang supergünstige staatliche Preisregelung verlassen und verlangen von den Kund*innen auf einmal den horrenden, rein spekulativen Marktpreis. Aber auch viele andere Energie-, Lebensmittel- und andere Lieferanten haben im Windschatten dieser Börsenspekulationen die Preise extrem angehoben.

Für den Öl- und Gaskonzern OMV gilt eine noch günstigere Regelung, bei der überhaupt nur 5% des weltweiten OMV-Gewinns betroffen sind und zu dieser Besteuerung herangezogen werden. Das zahlt die OMV aus der Portokassa. Große Teile der Bevölkerung hingegen wissen nicht mehr wie sie ihre notwendigsten Kosten decken sollen.

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen schaute das „Angebot“ der Unternehmer so aus, dass sie im Schnitt rund 4% Gehaltserhöhung, die Einrechnung der bisherigen Einmalzahlungen der Regierung und auch selbst Einmalzahlungen statt mehr Gehalts-erhöhung für die Beschäftigten vorschlugen. Eine mehrfache Frechheit:

- 4% „Angebot“ bei 11% Inflation
- Die Industrie wurde und wird wegen Corona und Energiekosten mit Milliarden gefördert. Die Übergewinne und Boni der Konzerne, Bosse und Manager bleiben fast unangetastet.
- Wird die Industrie trotz Übergewinnen gefördert woll(t)en die Unternehmer die Corona- und Energiehilfen der Regierung für die Bevölkerung bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen abziehen und zum Teil oder ganz durch Einmalzahlungen ersetzen.
- Einmalzahlungen der Unternehmer sind für Arbeiter und Angestellte ein großes Verlustgeschäft.

So extrem ist die Wirkung von Einmalzahlungen:

> ***„Eine Bahnangestellte, die 2.000 Euro verdient und 1.000 Euro Einmalzahlung akzeptiert, verliert aufs Leben gerechnet über 40.000 Euro.“*** *(*Barbara Blaha, Momentum Institut, anlässlich des Eisenbahner-Warnstreik, ZIB2, 29.11.2022)

Kein Wunder, dass in einigen Branchen gestreikt oder Streiks angekündigt wurden. Die Teuerung ist offiziell bei 11%. Die reale Teuerung ist wie gesagt viel höher. Nicht Lohn- und Gehaltsforderungen treiben die Preise („Lohn-Preis-Spirale“) wie Konzerne, „Wirtschaftsforscher“ Regierung und Medien Stimmung machen. In Wirklichkeit treiben Spekulation und Profitmacherei („Übergewinne“) Inflation und damit Preise an – also eine Gewinn-Preis-Spirale. Die Profite der Unternehmer will die Regierung keinesfalls bekämpfen.

Die Gewerkschaften haben zwischen 7% und 15% mehr Lohn/Gehalt verlangt. Herausgekommen sind im Schnitt zwischen 7% und 10%. Das ist ein realer Kaufkraftverlust, betrachtet man die Inflation!

Mehr Lohn- und Gehaltserhöhungen wären möglich gewesen, denn die Unternehmer sind auf die arbeitenden Menschen angewiesen. Trotz zunehmendem Arbeitskräftemangel, wollen die Chefs und Manager so wenig wie möglich bezahlen und treiben die Arbeitsverdichtung weiter.

Die Gewerkschaftsspitzen lassen sich von der „Sozialpartnerschaft“ einlullen und verlangen nur ein Plus zur sogenannten „rollierenden“ offiziellen Inflationsrate der letzten 12 Monate gerechnet ab KV-Verhandlungsbeginn – zum Schaden der arbeitenden Menschen. Denn nächstes Jahr werden die Konzerne noch weniger als heuer hergeben wollen und noch mehr mit dem Wirtschaftskollaps drohen.

Außerdem: Was die Regierung aus dem Budget den Konzernen und Großbauern an Corona-Förderungen und jetzt Energiekostenzuschüsse in Milliardenhöhe auszahlt(e), und die Einmalzahlungen die die Regierung gnadenhalber für die Bevölkerung hergibt, all das haben <u>nicht</u> die Unternehmer, Manager und Bosse, sondern die Beschäftigten in den Betrieben erarbeitet und über ihre Steuerzahlungen zu 80% und mehr via Budget den Firmen und sich selbst bezahlt!

Kaum gibt es Warnstreiks, heißt es gleich von Unternehmerseite und ihren Medien, dass die Allgemeinheit darunter leide. Doch von Protest und Streiks haben auch die jeweils nicht unmittelbar Betroffenen einen Vorteil für ihr Einkommen. Denn durch die erzeugte Beispiels- und Sogwirkung, um die Beschäftigten im Betrieb zu halten, kommt es auch in anderen Branchen zu höheren Abschlüssen. Von „Sozialpartnerschaft“ halten die Bosse schon lange nichts mehr, sie dient den Unternehmern nur als eine Beruhigungspille für die SPÖ-, ÖGB- und AK-Oberen. Wirklicher Protest und Streiks sind immer nötiger, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen. www.atomgegner.at